

Klein, Margarete

Research Report

Militärische Implikationen des Georgienkrieges: Zustand und Reformbedarf der russischen Streitkräfte

SWP-Aktuell, No. 74/2008

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security
Affairs, Berlin

Suggested Citation: Klein, Margarete (2008) : Militärische Implikationen des Georgienkrieges:
Zustand und Reformbedarf der russischen Streitkräfte, SWP-Aktuell, No. 74/2008, Stiftung
Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254792>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your
personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial
purposes, to exhibit the documents publicly, to make them
publicly available on the internet, or to distribute or otherwise
use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open
Content Licence (especially Creative Commons Licences), you
may exercise further usage rights as specified in the indicated
licence.*

Militärische Implikationen des Georgienkrieges

Zustand und Reformbedarf der russischen Streitkräfte

Margarete Klein

Nach dem Ende der Kampfhandlungen in Georgien diskutieren Russlands Führung und Medien nicht nur intensiv über die außenpolitischen und finanziellen Folgen, sondern auch über die militärischen Implikationen des »Fünftagekrieges« um Südossetien. Löste der schnelle Sieg über die georgische Armee zunächst eine Welle der Großmachteuphorie aus, meldeten sich schon bald darauf hochrangige Militärs und Experten zu Wort, die teils gravierende Defizite in der Ausrüstung und Kriegsführung der Armee beklagten und damit schonungslos am Bild der militärischen Großmacht kratzten. Als erste Schlussfolgerung daraus kündigten Präsident und Premierminister eine drastische Erhöhung des Verteidigungsbudgets um 27 Prozent für das kommende Jahr an. Geld allein wird aber nicht reichen, um die russischen Streitkräfte zu einer modernen und effizienten Armee umzubauen, die für die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerüstet ist. Vielmehr wird es darauf ankommen, die vielfältigen Reformblockaden zu durchbrechen, die seit 16 Jahren die Transformation der russischen Streitkräfte behindern.

Auf den ersten Blick erscheint der »Fünftagekrieg« als überwältigender militärischer Erfolg Russlands. Bereits nach drei Tagen war es den russischen Streitkräften gelungen, ihre unmittelbaren Ziele zu erreichen: den georgischen Angriff auf Südossetien abzuwehren und den Schutz der südossetischen Bevölkerung wiederherzustellen, die durch die massive Vergabe russischer Pässe zu »eigenen Staatsbürgern« geworden waren. Mit der weitgehenden Vernichtung der Einrichtungen und Waffensysteme der georgischen Armee wurde

zudem das ambitionierte militärische Modernisierungsprogramm des in die Nato strebenden Landes um Jahre zurückgeworfen. Darüber hinaus konnte Moskau als Folge des gewonnenen Krieges seine militärische Präsenz in der Region verstärken. Die mit den als unabhängig anerkannten Republiken Südossetien und Abchasien am 17. September 2008 geschlossenen »Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe« ermöglichen den Aufbau russischer Militärbasen. Nach Angaben des russischen Verteidi-

gungsministers ist geplant, dort jeweils 3800 reguläre Soldaten zu stationieren. Damit wird nicht nur der 2005 mit Tiflis vertraglich vereinbarte und bis Ende 2007 vollzogene Abzug russischer Truppen aus den Basen im georgischen Achalkalaki und Batumi mehr als kompensiert, sondern auch allgemein die Fähigkeit Moskaus gestärkt, in der Region als Ordnungsmacht zu agieren.

Mit seinem schnell errungenen Sieg unterscheidet sich der »Fünftagekrieg« auch deutlich von den beiden Tschetschenienkriegen. So wie letztere als Synonym für den Verfall des militärischen Potentials Russlands galten, so wurde der erfolgreiche Feldzug in Georgien in den ersten Tagen als Zeichen für die Wiederkehr der militärischen Großmacht interpretiert. In diesem Sinne äußerte Präsident Dimitri Medwedew am 18. September 2008 vor russischen Militärs in Wladikawkas, die »gut geführte, effektive und friedensschaffende Operation« sei ein Beweis dafür, dass die russischen Streitkräfte »die Krise der neunziger Jahre überwunden« hätten. Ist dem so?

Kleine Verbesserungen

Tatsächlich lassen sich am militärischen Einsatz in Georgien einige Verbesserungen gegenüber den beiden Tschetschenienkriegen beobachten, die jedoch nicht überbewertet werden dürfen. So konnte die russische Führung in kurzer Zeit ca. 10 000 Soldaten mit schwerem Gerät und unter schwierigen topographischen Bedingungen ins Einsatzgebiet nach Südossetien bringen. Zudem eröffnete sie am 11. August 2008 mit ca. 9000 Soldaten eine zweite Front in Abchasien, die die georgische Armee daran hinderte, ihre Kräfte konzentriert einzusetzen. Dies alles verweist auf eine gute Einsatzplanung und -vorbereitung, was angesichts der sich seit April 2008 zuspitzenden Eskalation aber auch nicht überraschen kann. Moskau hatte bereits seit April 2008 sein Peacekeeping-Kontingent in Abchasien verstärkt und im Mai 400 Mann der Eisenbahntruppen dorthin ent-

sandt, um die Transportinfrastruktur auszubessern. Ebenfalls im Mai 2008 waren 500 Fallschirmjäger nach Südossetien verlegt worden. Zudem hatte die russische Armee von Mitte bis Ende Juli 2008 an der georgischen Grenze – parallel zur georgisch-amerikanischen Übung »Immediate Response« – das Manöver »Kaukasus 2008« durchgeführt; nicht wenige der daran beteiligten 8000 Soldaten wurden später im »Fünftagekrieg« eingesetzt. Laut Medienberichten waren nach dem Ende des Manövers die Kommandostellen nicht aufgelöst und die 58. Armee in Alarmbereitschaft belassen worden.

Die zweite Verbesserung gerade gegenüber dem ersten Tschetschenienkrieg bestand darin, dass diesmal nicht primär unerfahrene und kaum vorbereitete Wehrpflichtige eingesetzt wurden. Von den nach Südossetien entsandten Soldaten bestanden nach Medienangaben 70 Prozent aus sogenannten »Kontraktniki« (Zeitsoldaten), bei den in Abchasien eingesetzten Kräften handelte es sich sogar ausschließlich um Berufs- und Zeitsoldaten. Dies spiegelt gewisse Fortschritte bei der angestrebten Professionalisierung der russischen Armee wider – einem Kernziel der Militärreform seit den neunziger Jahren. So werden immer mehr Einheiten, wie beispielsweise die in Georgien eingesetzte 76. Luftlandedivision aus Pskow, vollständig aus »Kontraktniki« gebildet. Dass in dem sich seit Monaten zuspitzenden Konflikt trotzdem auch Wehrpflichtige eingesetzt wurden, verweist zugleich auf die weiterhin bestehenden Schwierigkeiten beim Umbau der Streitkräfte. So ist eine freiwillige Verpflichtung in der Armee wegen des geringen Solds – Gefreite verdienen beispielsweise nur 345 US-Dollar im Monat –, der prekären sozialen Lage und des gesunkenen Prestiges kaum attraktiv. Zudem wird von Fällen berichtet, in denen Wehrpflichtige von ihren Vorgesetzten massiv unter Druck gesetzt werden, Zeitverträge abzuschließen. Nur ca. 15 Prozent der »Kontraktniki« verlängern ihren Vertrag erneut, wodurch der Armee die erfahrensten Soldaten verloren-

gehen. Der Einsatz in Georgien darf insofern nicht über die fortbestehenden grundlegenden Probleme bei der Professionalisierung der Armee hinwegtäuschen.

Veraltete Ausrüstung, rückständige Technologie

Mit einer Berufsarmee allein wären die Probleme der russischen Streitkräfte allerdings noch nicht gelöst. Denn der Krieg in Georgien legte schonungslos offen, dass ein weiterer Pfeiler der Militärreform – die Ausrüstung der Armee mit genügend einsatzfähigen und technologisch modernen Waffen und Waffensystemen – brüchig ist. Es wird geschätzt, dass 80 Prozent der Waffen und Waffensysteme Russlands abgenutzt und veraltet sind und seit der Sowjetzeit nicht mehr überholt wurden. Insbesondere in der elektronischen Kriegsführung hinkt Russland den westlichen Staaten hinterher.

Wie massiv die Ausrüstungsdefizite bei den Bodentruppen sind, zeigt ein Vergleich der georgischen mit den russischen Panzern. Obwohl beide Seiten mehrheitlich noch aus sowjetischer Produktion stammende T-72 einsetzen, erwiesen sich die georgischen Panzer aufgrund ihrer modernisierten Ausstattung als deutlich überlegen. Mittels GPS, Wärmebildkameras, Nachtsichtgeräten, modernen Freund-Feind-Erkennungs- und Kommunikationssystemen waren sie auch für Einsätze bei schwierigen Wetterverhältnissen sowie bei Nacht gerüstet. Die russischen Panzer dagegen waren unter solchen Bedingungen praktisch »blind«.

Besonders dramatisch ist der Zustand der Luftwaffe. So stehen die über Georgien hauptsächlich eingesetzten Su-25-Kampfflzeuge seit 30 Jahren im Dienst und sind seitdem kaum überholt worden. Ihnen fehlt es an moderner Computerausstattung zur Berechnung der Zielkoordinaten sowie an Radargeräten. Anstelle von Präzisionswaffen musste daher auf ältere Bomben- und Raketentypen zurückgegriffen werden. In der Folge gelang es der russischen Luftwaffe erst spät, die georgischen Artillerie-

und Luftabwehrstellungen auszuschalten, die den russischen Truppen bis dahin am Boden und in der Luft herbe Verluste eingetragen hatten. Die russischen Bodentruppen waren beispielsweise unter massiven Artilleriebeschuss geraten, als sie den Roki-Tunnel verließen, der Südossetien mit dem russischen Nordossetien verbindet, und nach Zchinwali vordrangen. Dass die russische Luftwaffe sogar drei Su-25-Kampfflugzeuge durch georgischen Beschuss einbüßte, mag auch mit dem schlechten Trainingszustand der russischen Piloten zusammenhängen. Während ihre Kollegen aus Nato-Ländern pro Jahr durchschnittlich 120–150 Übungsstunden absolvieren, kommen russische Piloten nur auf ca. 40 Stunden.

An der geringen Effizienz der russischen Luftwaffe war auch die mangelhafte Aufklärung schuld. So fehlt es Russlands Armee an genügend Drohnen und Satelliten. Obwohl unbemannte Aufklärungsflugzeuge von russischen Firmen her- und auf Messen ausgestellt werden, wurde 2006 beschlossen, ihren Ankauf durch die russische Armee zu stoppen. Das russische Pendant zu GPS – Glonass – wiederum verfügt erst über 13 der 24 Satelliten, die erforderlich sind, um jederzeit die nötigen Daten zu liefern. Aus Mangel an Aufklärungsmitteln schickte die russische Militärführung strategische Bomber des Typs Tu-22 auf Erkundungsmission. Derart unsachgemäß eingesetzt, wurde eine dieser Maschinen von der georgischen Luftabwehr abgeschossen.

Die technologische Rückständigkeit der russischen Streitkräfte manifestierte sich außerdem im Mangel an modernen Kommunikations- und Navigationsmitteln. So gab es nach Medienberichten keine reguläre Funkverbindung zwischen den verschiedenen Einheiten. Es wird berichtet, dass Offiziere manchmal ihre eigenen Handys benutzen mussten, um Kontakt zu den Stäben und Kommandoposten ihrer Einheiten aufzunehmen. In Kombination mit Fehlern im Kommandosystem, die selbst von hochrangigen Militärs angepran-

gert wurden, sorgte dies für Koordinationsprobleme.

Insgesamt offenbarte der »Fünftagekrieg« den schon seit langem bekannten immensen Modernisierungsbedarf der konventionellen Streitkräfte. Russlands Sieg beruhte keineswegs auf materieller und technologischer Überlegenheit, sondern auf guter Vorbereitung und seiner quantitativen Überlegenheit. In Südossetien standen nach Medienangaben ca. 6600 georgische ungefähr 10 000 russischen Soldaten gegenüber; in Abchasien hatte Moskau mit ca. 9000 Soldaten viereinhalb Mal so viele Kräfte im Einsatz wie die georgische Armee. Hinzu kommt jeweils noch eine unbekannte Zahl südossetischer und abchasischer Kämpfer. In ihrem Gesamtumfang ist die russische Armee vierzigmal so groß wie die georgische, ihr Militärbudget ist mehr als dreißig Mal größer. Verlässliche Zahlen über das eingesetzte Kriegsgerät liegen nicht vor. An der quantitativen Überlegenheit der russischen über die georgische Armee, die nach Angaben des *Moscow Defense Brief* beispielsweise lediglich über ein Geschwader Kampfflugzeuge und insgesamt 247 Kampfpanzer verfügte, dürften aber auch gewisse militärische Modernisierungsvorsprünge Georgiens nichts geändert haben. Angesichts ihrer technologischen Rückständigkeit erinnern die konventionellen Streitkräfte Russlands mehr an eine Armee des 20. als an eine des 21. Jahrhunderts. Für gewisse Einsätze – wie nachts – oder bestimmte Kriegsformen – wie den kontaktlosen Krieg – sind Moskaus Streitkräfte denkbar schlecht gerüstet. Zwar zeigte sich, dass Russland in der Lage ist, ein kleines postsowjetisches Land militärisch zu besiegen, wenn dieses keine Hilfe von außen erhält. Daraus kann aber nicht automatisch auf den Ausgang eines konventionellen Krieges mit einem stärkeren Gegner geschlossen werden.

Aussichten des angekündigten Modernisierungsprogramms

Die russische Führung reagierte auf die von Militärs und Militärexperten geäußerte Kritik, indem sie eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben ankündigte. Im nächsten Jahr soll das einschlägige Budget um 27 Prozent auf 50 Milliarden US-Dollar ansteigen. Dabei, so erklärte Präsident Medwedew am 11. September 2008, würden auch die Lehren aus dem »Fünftagekrieg« einfließen. So solle das Hauptaugenmerk auf dem Kauf moderner Waffen und Ausrüstung – wie beispielsweise Glonass, Präzisionswaffen und Aufklärungsdrohnen – sowie einem verbesserten Training liegen. Insgesamt gelte der Schaffung »moderner, effektiver Streitkräfte« in den nächsten Jahren eine der »höchsten Prioritäten«, so Medwedew.

Die angekündigte Erhöhung des Verteidigungsbudgets reiht sich nahtlos in den Aufwärtstrend der letzten acht Jahre ein. 2009 werden die Ausgaben für das Militär im Vergleich zum Jahr 2000 um das Zehnfache gestiegen sein. Im Dezember 2006 hatte der damalige Präsident Putin zudem ein ambitioniertes Programm zur militärischen Modernisierung in den Jahren 2007 bis 2015 im Umfang von ca. 189 Milliarden US-Dollar angekündigt. In dessen Rahmen sollen 45 Prozent des militärischen Arsenal modernisiert oder ersetzt werden. Dies zeigt, dass militärischer Macht als Pfeiler des Großmachtanspruchs verstärkt Bedeutung beigemessen wird. Doch ist erhebliche Skepsis angebracht, ob die Aufstockung der Finanzmittel in diesem Rahmen und als Alleinmaßnahme ausreicht, um das gesetzte Ziel – »moderne, effektive Streitkräfte« – zu erreichen.

Erstens wird der ohnehin immense Modernisierungsbedarf der Streitkräfte in den kommenden Jahren noch akuter werden, da die konventionellen und atomaren Waffen und Waffensysteme zusehends veralten. Daran können auch die durchaus zu beobachtenden Weiter- und Neuentwicklungen – wie beispielsweise die neue »Borej«-Klasse atomar betriebener und

bewaffneter U-Boote, dessen erstes Schiff unter dem Namen »Jurij Dolgorukij« 2007 fertiggestellt wurde, neue strategische Raketen wie Topol-M oder »Bulawa« oder das fortschrittliche Luftabwehrsystem S-400 – nur punktuell etwas ändern. Russland stellt bislang pro Jahr nur bis zu sieben Topol-M-Raketen her, eine wesentlich geringere Zahl als die der ausgemusterten landgestützten Langstreckenraketen. Die seegestützte nukleare Langstreckenrakete »Bulawa« wiederum hat nach mehreren missglückten Tests erst im September 2008 ihren ersten erfolgreichen Start absolviert.

Zweitens leidet das Modernisierungsprogramm unter einer Inflation, die im Bereich militärischer Güter überdurchschnittlich hoch ist. Lag diese 2007 allgemein bei 11,9 Prozent, erreichte sie bei einzelnen Rüstungsgütern mehr als 30 Prozent. Auch in Russland schlägt zudem der Anstieg der Energie- und Transportpreise zu Buche.

Drittens versickerten in der Vergangenheit nicht wenige der zusätzlichen Finanzmittel in korruptiven Kanälen, die im Militär und im Militärisch-Industriellen Komplex weit verbreitet sind. Aufträge werden daher oftmals nicht nach Effizienzkriterien vergeben, und darunter leiden Qualität wie Quantität der hergestellten Waffen und Waffensysteme.

Die chronische Unterfinanzierung der Streitkräfte resultiert viertens auch aus deren Größe. Russland versucht eine Armee aufrechtzuerhalten und zu modernisieren, die mit 1,12 Millionen Soldaten nur um 20 Prozent kleiner ist als die amerikanischen Streitkräfte, allerdings mit einem Budget, das im Jahr 2007 mehr als 15 Mal geringer war. Die Folge ist, dass ca. 70 Prozent des russischen Militärhaushalts für den Unterhalt der Armee ausgegeben wurden, aber nur ungefähr 30 Prozent für Neuanschaffungen und die Modernisierung des Arsenals sowie für Forschung und Entwicklung. Im amerikanischen Verteidigungsbudget von 2007 betrug der Anteil der Beschaffungsmaßnahmen und von Forschung und Entwicklung immerhin 54 Prozent – und

dies vor dem Hintergrund der großen Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan.

Hochrangige russische Militärs fordern schon seit langem eine Steigerung der Verteidigungsausgaben von bisher zwischen 2,3 und 2,6 Prozent auf mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dies würde aber die Realisierung des sozioökonomischen Modernisierungsprogramms gefährden. Präsident Medwedew und Premierminister Putin haben daher bereits mehrmals erklärt, dass eine derart drastische Aufstockung des Verteidigungsetats nicht ihr Weg sei. Man wolle die Fehler der Sowjetunion nicht wiederholen, äußerte der damalige Präsident Putin in seiner Rede vor der Föderalversammlung im Mai 2006. Alternativ könnte Russland die seit 16 Jahren verschleppte Militärreform mit neuer Entschlossenheit in Angriff nehmen.

Diese Reform umfasst – neben der Modernisierung der Waffen und Ausrüstung – mehrere, miteinander teils eng verbundene Komponenten. Dazu gehört erstens die Stärkung der zivilen Kontrolle über das Militär. In den letzten Jahren ist in dieser Hinsicht bereits manches geschehen: Im Zuge einer Gesetzesänderung im Jahr 2004 erhielt der Verteidigungsminister mehr Macht über den Generalstab. Auch wird seit dem Georgienkrieg über eine Verkleinerung des aufgeblähten Generalstabs diskutiert. Seit Februar 2007 steht zudem mit Anatolij Serdjukow erstmals ein Mann an der Spitze des Verteidigungsministeriums, der weder aus dem Militär noch aus dem Geheimdienst stammt. Zugleich entfiel die Staatsduma aber in den letzten Jahren de facto als Kontrollinstrument. Dies ist eine unmittelbare Folge der Beschränkung des politischen Pluralismus, durch die das Parlament seine – auch unter Boris Jelzin – ohnehin fragile Position als unabhängige politische Institution einbüßte. Zugleich werden immer mehr Bestandteile des Verteidigungsbudgets zu »klassifizierten«, das heißt geschlossenen Kapiteln erklärt, über deren Inhalt keine Auskünfte gegeben werden. Um sicherzustellen, dass die bereitgestellten Finanzmittel auch effizient ein-

gesetzt werden, ist jedoch gerade ein starkes Parlament unverzichtbar, das für Transparenz und Kontrolle der Militärausgaben sorgt.

Der zweite Pfeiler der Militärreform besteht in der Verkleinerung bei gleichzeitiger Professionalisierung der Armee. Mit diesem Vorhaben scheiterte bereits der frühere Präsident Putin am Widerstand der Militärführung. Aber nur wenn die Stärke der Truppen verringert wird, lässt sich das Verhältnis zwischen dem Unterhalt der Soldaten auf der einen Seite und der Modernisierung des Arsenalts sowie Forschung und Entwicklung auf der anderen Seite umkehren, wie dies von der Führung bis 2017 geplant ist. Möglicherweise ergeben sich aus der demographischen Krise Russlands Impulse zur Verkleinerung und Professionalisierung der Armee. Seitdem die Wehrpflicht zum Jahresanfang 2008 auf zwölf Monate verkürzt wurde, benötigt Russlands Armee pro Jahr ca. 600 000 Rekruten – doppelt so viele wie bisher. Dieses Quantum ist trotz der Streichung von Rückstellungsgründen schon jetzt nicht mehr zu erreichen. Eng mit der Professionalisierung ist auch eine Verbesserung der sozialen Lage der Militärangehörigen verbunden. Ohne höheren Sold, ausreichend Wohnraum sowie ein entschlossenes Vorgehen gegen den Missstand der Kameradenschinderei (*dedowschtschina*) wird die Armee auch weiterhin vor allem diejenigen anziehen, die auf dem zivilen Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums starben im vergangenen Jahr sieben Soldaten an den Folgen von Übergriffen ihrer Kameraden oder Vorgesetzten, 147 begingen Selbstmord. Das Komitee der Soldatenmütter, eine unabhängige Nichtregierungsorganisation, setzt die Zahlen wesentlich höher an und schätzt, dass jährlich 3000 Soldaten außerhalb von Kampfhandlungen ums Leben kommen.

Der dritte und entscheidende Punkt der Militärreform liegt in der Klärung von zwei grundlegenden Fragen: Welchen sicherheitspolitischen Bedrohungen ist Russland

ausgesetzt und welche Position will es im internationalen System einnehmen? Nur wenn diese Fragen klar beantwortet sind, lassen sich die Finanzmittel effektiv zugunsten klarer Prioritäten einsetzen. Was die Bedrohungseinschätzung anbelangt, gehen die Meinungen in der russischen Führung auseinander. Hochrangige Militärs sehen weiterhin in Nato und USA die Hauptgefahr für die nationale Sicherheit. So erklärte der damalige Generalstabchef Jurij Baluewskij im Januar 2007 auf einer Konferenz der Militärakademie, dass sich die militärische Bedrohung Russlands trotz der Kooperation mit den westlichen Staaten nicht abgeschwächt habe. Demgegenüber weist die Militärführung regionalen und lokalen Konfliktherden sowie transnationalen Sicherheitsrisiken nachrangige Bedeutung zu. Zwar kritisiert auch die politische Führung bei jeder sich bietenden Gelegenheit den »Unilateralismus« der USA und die Osterweiterung der Nato. Im außenpolitischen Konzept, das der neue Präsident Medwedew im Juli 2008 unterzeichnete, heißt es jedoch, dass die Bedrohung durch einen »großangelegten Krieg« – eine Chiffre für einen Krieg mit der Nato – geringer geworden sei. Auch wird in diesem Dokument transnationalen Sicherheitsrisiken mehr Aufmerksamkeit gewidmet.

Aus diesen Vorgaben müsste sich eigentlich ein stärkerer Fokus auf die Modernisierung des konventionellen Arsenalts und die Schaffung kleiner dimensionierter, dafür aber besser ausgestatteter und mobiler Streitkräfte ergeben. Dennoch legt auch das neue Modernisierungsprogramm neben einigen konventionellen Waffensystemen wie Aufklärungsdrohnen und Präzisionsbomben den Akzent auf die Stärkung der strategischen Nuklearwaffen und den Ausbau der Fähigkeiten zur globalen Machtprojektion. So erklärte Präsident Medwedew am 26. September 2008 vor Militärs, Russland werde seine »strategische Abschreckung« bis 2020 verbessern. Zudem, so Medwedew vier Tage später, müsse das Land seine Position als »See-Großmacht« wiedererlangen. Die Konzentration auf die

»strategische Parität« und die Marine ergibt sich dabei aus dem Streben, Russland als globale und nicht als regionale Großmacht auf der internationalen Ebene zu positionieren. In diesem Ziel sind sich politische und militärische Führung einig. So werden die Finanzmittel auch weiterhin prioritär für den Bau strategischer Raketen und nuklearer Sprengköpfe und für die Ausstattung der Marine mit neuen Atom-U-Booten oder Flugzeugträgern verwendet. Abgesehen davon, dass sich Russland auch mit den geplanten Neuanschaffungen noch lange nicht mit den USA auf Augenhöhe befinden wird, kann es diese Waffensysteme in möglichen regionalen und lokalen Konflikten an seiner fragilen Südgrenze kaum einsetzen. In diesen Konflikten muss Moskau weiterhin auf die Unterlegenheit seiner potentiellen Gegner bauen.

Fazit

Obwohl im Ergebnis siegreich, zeigte der »Fünftagekrieg« doch die Diskrepanz auf, die nach wie vor zwischen dem Großmachtanspruch Russlands und seinen realen Fähigkeiten besteht. Zwar ist Moskau fähig, sein Streben nach regionaler Dominanz im postsowjetischen Raum militärisch zu untermauern; in diesem Sinne ist der Kampfeinsatz in Georgien auch als Warnung an andere GUS-Staaten – allen voran die Ukraine – zu verstehen, sich nicht zu sehr an USA und Nato anzulehnen. Als Zeichen für seine Rückkehr als globale Großmacht lässt sich der Krieg gegen das kleine Georgien aber nicht interpretieren. Vielmehr illustrierte der »Fünftagekrieg« deutlich, wie weit Russlands konventionelle Streitkräfte den technologischen Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre hinterherhinken. Lediglich sein nach wie vor beträchtliches Nuklearpotential mit geschätzten 3313 strategischen und 2076 taktischen nuklearen Sprengköpfen sichert ihm in dieser Hinsicht noch eine Sonderstellung im internationalen System.

Wladimir Putin hatte sein Präsidentenamt als Kriegsherr in Tschetschenien an-

getreten. Aus den dortigen Misserfolgen zog er den Schluss, dass die in den neunziger Jahren vernachlässigte Armee einer umfassenden Reform bedürfe. Zwar gelang es ihm, den freien Fall zu bremsen, in dem sich die Streitkräfte unter Boris Jelzin befanden, und dank steigender Öl- und Gas-einnahmen in Einzelbereichen Modernisierungserfolge zu erzielen. Darüber hinaus beschränkte er sich aber auf symbolische PR-Aktionen, die dem zunehmend selbstbewussten Auftreten in der Außenpolitik den Anschein militärischer Muskeln verschaffen sollte. So nahm Moskau im August 2007 die 1992 eingestellten Patrouillenflüge von Langstreckenbombnern über Atlantik und Pazifik wieder auf, führte eine Reihe werbewirksamer Übungen durch oder regte die Wiederaufnahme der Militärparaden auf dem Roten Platz an, die unter seinem Nachfolger dann erstmals wieder in Szene gesetzt wurden. An einer umfassenden Armeereform scheiterte Putin jedoch. Das lag sowohl an der Hartnäckigkeit, mit der sich traditionelle Bedrohungsvorstellungen in der politischen und vor allem militärischen Elite hielten, als auch an der ungebrochenen Blockademacht des Generalstabs bei militärinternen Fragen, aber auch an dem Herrschaftsstil Putins, der sich eher als Moderator und weniger als Reformverstand. Sein Nachfolger Dimitri Medwedew steht nun vor einer ähnlichen Herausforderung. Die nächsten Monate werden zeigen, ob er den »Fünftagekrieg« gegen Georgien als »Weckruf« zu einer tiefgreifenden Militärreform auffasst, wie viele Militärexperten fordern, oder ob er lediglich das Putinsche Konzept fortsetzt und dem Motto »Mehr Geld und mehr Symbolik« treu bleibt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364